

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 23

Artikel: Ratloses Regime und gespaltene Opposition : Polen im zwielfichtigen Herbst 1986
Autor: Bahr, Jerzy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093492>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

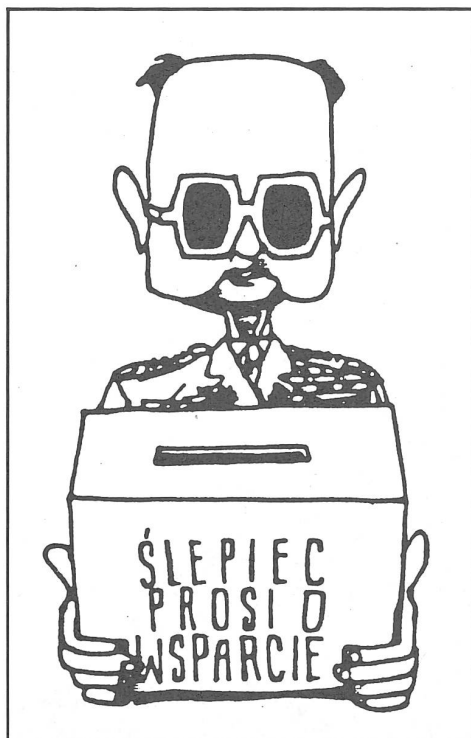
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen im zwielichtigen Herbst 1986

Ratloses Regime und gespaltene Opposition

In Polen findet seit diesem Herbst eine Normalisierung mit seltsamen Elementen statt: echten und falschen, freiwilligen und unfreiwilligen. Die Opposition werweist über ihren Weg, und die Machthaber sind ins Schwimmen geraten. Am eigenartigsten verhält es sich mit dem Pluralismus: die Solidarnosc kann ihn nicht mehr erretzen, und das Regime kann ihn nicht mehr verhindern.

Den Anfang nahm die Rätselperiode mit einer Amnestie. Am 11. September wurden alle bekannten Solidarnosc-Exponenten aus dem Gefängnis entlassen. Unter ihnen befand sich der legendäre «Zbyszek» (Zbigniew Bujak). Ihn hatte die Polizei vor seiner Gefangennahme viereinhalb Jahre lang vergeblich gesucht, ein



«Blinder bittet um milde Gabe.» Karikatur aus der Untergrundzeitung «Tygodnik Mazowsze», 12. 12. 1985.

einzigartiges Beispiel der Zusammenarbeit von Opposition und Bevölkerung in einem totalitären Staat. Oder in einem nur noch totalitär angelegten Staat?

Auf jeden Fall war das Datum vom 11. September eine Zäsur. «Was machen wir jetzt?» fragte man sich offen in den Kreisen der verbotenen Gewerkschaft. Zur Debatte stand Einlenken oder Verweigerung. Aber auch für das Regime war es ungewiss, wie es weitergehen solle. Auch wenn man es nicht eingestand.

In den ersten Wochen nach der Amnestie kam es sozusagen zu einem raschen Schlagabtausch zwischen den beiden Seiten. Zunächst gründete die Solidarnosc mit Walesa an der Spitze einen «Provisorischen Landesrat» mit analogen Körperschaften in den verschiedenen Regionen. Das war ein Versuch der Solidarnosc-Führung, aus der Illegalität aufzutauchen, und das Regime brandmarkte ihn prompt als selber illegal.

Danach kam es zu einem Versöhnungsangebot der Opposition. Neun ihrer bekannten Repräsentanten veröffentlichten – nach etlichem Gerangel mit der Zensur – in der katholischen Presse eine «Erklärung», welche die Bereitschaft zur Normalisierung und Zusammenarbeit ausdrückte. Das war – von andern Oppositionellen kritisiert – gewissermassen die ausgestreckte Hand. Aber sie wurde nicht ergriffen. Die offiziellen Stimmen tönnten schroff ablehnend. Was demgegenüber das Regime als Beispiel der «nationalen Versöhnung» anbot (mit der Frechheit, es so zu nennen) war viel eher eine nationale Verhöhnung. Man milderte die Strafen von drei Mitverantwortlichen an der Ermordung von Pfarrer Jerzy Popieluszko, was die Bevölkerung empörte. Der vor zwei Jahren vom Sicherheitsdienst umgebrachte Priester ist den Polen ein Symbol für Märtyrermut.

Indessen kam es gleichzeitig zu behördlichen Vorkehrungen, die Dissidentenverfolgung zurückzustufen. Der Sejm (das Parlament) hat im Eilzugtempo einige Gesetzesänderungen vorgenommen, aufgrund derer ab sofort die Strafen für Mitgliedschaft in illegalen Organisationen sowie für Druck und Verbreitung verbotener Schriften nicht mehr von Gerichten ausgesprochen werden, sondern von administrativen

Gremien. Das kann einerseits zuungunsten der Beschuldigten die Verfahren vereinfachen, bringt aber andererseits als dominierende Folge auch Strafverminderungen von ganz erheblichem Ausmass mit sich. Für politische Vergehen, auf denen bisher 3 bis 10 Jahre Gefängnis standen, können nunmehr bloss noch 3 Monate Haft verhängt werden, wozu dann noch, wie bisher, die Geldstrafen kommen.

Falls diese Regelung bestehenbleibt, kann sie zu grösseren Konsequenzen führen. Praktisch bedeutet sie beinahe, dass man die Opposition zur Hintertüre einlässt, und mittelbar kommt sie auch einer Anerkennung des illegalen Schrifttums nahe. Für die Tausenden von Solidarnosc-Anhängern im sogenannten zweiten Kreis (des Schrifttums), der einige hundert Zeitschriften und eine Reihe von Verlagen umfasst, haben natürlich kurze Haftstrafen eine weit geringere Abschreckungswirkung als lange Gefängnisstrafen. Das zerfallende Informationsmonopol der Partei erhält damit einen neuen Stoss. Das Phänomen ist in den Ländern des «realen Sozialismus» präzedenzlos.

Das Vorgehen der Behörden insgesamt hat keine klare Linie. Für propagandistische



Ohne Worte. («Polityka», Warschau, 19. 4. 1986.)

SZYMON KOBYLŃSKI



— Ty ciągle za słabo odróżniasz „mieć rację” od „mówić słusznie”!

«Du unterscheidest immer zuwenig zwischen (recht haben) und (richtig reden).» («Polityka», Warschau, 6. 9. 1986.)

Zwecke verbreitet man die Version, die gemilderte Behandlung der Opposition sei deshalb möglich geworden, weil diese die Unterstützung der Bevölkerung verloren habe. Abgesehen davon, dass die allfällige Apathie der Bevölkerung nicht im geringsten eine Sympathie für das Regime impliziert, sieht die selbstgefällige Deutung an der Realität vorbei. Denn die Wirklichkeit wird durch das Auftauchen von Strömungen und Bewegungen gekennzeichnet; ein faktischer Pluralismus etabliert sich immer mehr. Darauf ist freilich die Partei weder theoretisch noch praktisch vorbereitet (die Marxisten sind immer die letzten, welche Ereignisse merken, die sie nicht selber geplant haben).

Die schlechte wirtschaftliche Lage Polens zwingt die Regierenden dazu, nach Export- und Produktionssteigerung zu streben. Dazu ist zwar keine Volksbegeisterung vonnöten, wohl aber ein Minimum an authentischer Zustimmung der Werktätigen. Aber nicht einmal davon kann im Moment ernstlich die Rede sein.

Das Regime wünscht eine Horzonterweiterung und fürchtet sie zugleich. Zur Zeit ist die Bildung eines Konsultativrates beabsichtigt, der an die Seite des Staatsrates gestellt würde. Seine Aufgabe wäre es, die Behörden schonlich auf Mängel der Regierungsführung hinzuweisen. Das befriedigt allerdings die allgemeinen Erwartungen um so weniger, als sich die Regierung nicht willens zeigt, dem von ihr selbst gewünschten Gremium klare Befugnisse zu geben.

Und wenn man sonst nichts weiss, macht man auf Patriotismus und warnt vor dem westdeutschen Revanchismus. Eben jetzt veranstaltet man eine Menge Treffen, auf denen General Jaruzelski den Kriegsveteranen die Hand schüttelt. Wie das die Polen tröstet ...

Die Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche haben sich in letzter Zeit eher abgekühlt, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Einführung der sogenannten Religionswissenschaft in den obligatorischen Schulunterricht. Entgegen der offiziellen Version bringt sie der Schuljugend keine Erweiterung des intellektuellen Horizonts. Dafür fehlt es sowohl an geeigneten Lehrmitteln als auch an geeigneten Lehrkräften. Beides ersetzt man durch Parteibroschüren von kläglichem Niveau. Wenigstens brauchen die Gläubigen diese Art von atheistischer Propaganda nicht zu fürchten.

Tatsächlich hat die Kirche ihrerseits kein Interesse an einer Konfliktverschärfung; sie ist eher darauf bedacht, sich aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die sie in den letzten Jahren nolens volens stark geprägt hatten, wieder zurückziehen. Sie wird sich wahrscheinlich verstärkt auf ihre bloss pastorale Arbeit zurückziehen. Sie hatte sich zuvor mangels geeigneter sozialer Institutionen in vielerlei Hinsicht sozial betätigt. Fast alle frei bildenden Künstler, Maler und Theaterleute hatten bei der Ausübung ihrer Kunst hinter den Kirchenmauern eine Zuflucht gefunden, und fast alle frei denkenden Menschen auch. Heute will die Kirche sich mehr «auf ihre eigentlichen Aufgaben» besinnen. Von der andern Seite her stecken auch die Behörden den Freiraum der Kirchen ab; sie zeigten das beispielsweise, als sie das kirchliche Projekt der «Stiftung für Privatbauern» torpedierten. Momentan ist die Kirche auch mit den Vorbereitungen zum dritten Papstbesuch beschäftigt, der Mitte nächsten Jahres stattfinden soll, mit dem heiklen Punkt eines Aufenthaltes in Danzig, der «Hauptstadt von Solidarnosc».

Die neue Situation in Polen stellt nicht zuletzt eine Herausforderung für die Solidarnosc-Führung dar. Die Kluft zwischen den «Radikalen», die das Widerstandsrecht postulieren, und den «Gemässigten» um Walesa, welche auf dem Weg der Normalisierung vorankommen wollen, ist nach der Amnestie tiefer als je. Den Behörden kann eine Spaltung der Gewerkschaft natürlich nur recht sein.

Die Solidarnosc-Führung in allen ihren Schattierungen sieht die Gefahr durchaus. Die Gewerkschaft insgesamt fühlt sich für die weitere Entwicklung des Landes verantwortlich. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich auf Wirtschafts- und Sozialreformen sowie auf die Behebung der katastrophalen ökologischen Lage. In diesen Bereichen bietet sie sich mit Analysen, Projekten und Vorschlägen der Staatsführung als Partner an, bisher allerdings vergebens. Obwohl es «fünf vor zwölf» ist, wie Walesa sagt.

Bei aller Bereitschaft, mit der Regierung zur Rettung des Landes zusammenzuarbeiten, darf die Solidarnosc freilich nicht vergessen, mit was für einem Partner sie es da zu tun hat. Die Gefahr eines akuten Konflikts ist da immer gegeben. Nicht zuletzt deshalb, weil das sozialistische System immer weniger imstande ist, auf die Realitäten der Gegenwart zu reagieren, sei es auf die unabwendbaren Änderungen im Denken und Fühlen der Bevölkerung, sei es auf

die wirtschaftlichen Bedürfnisse, sei es auf die ökologischen Dringlichkeiten.

Die Konzeption einer Untergrundgesellschaft parallel zur offiziellen Gesellschaft hat zwar in der Solidarnosc ihre Anhänger, ist aber wahrscheinlich überholt. Allerdings sollte das Untergrundschrifttum beibehalten werden; seine Rolle für die Bewusstseinsbildung der Polen scheint unabdingbar.

Grundsätzlich bleibt das Dilemma der Solidarnosc bestehen. Aber zweifellos haben die Polen in den letzten Jahren besser als früher gelernt, die Realität aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und aus verschiedenen Richtungen anzugehen.

Und diese Breitsicht ist im Gegensatz zum Schmalspurdenken der offiziellen Ideologie so etwas wie ein Bote des postkommunistischen Denkens.

Jerzy Bahr



Die repräsentative konservative Zeitschrift

Aufsätze und Kommentare aus allen Bereichen des Geisteslebens (Politik, Philosophie, Medien, Geschichte, Kultur, Militär)

Erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle eine kostenlose Probenummer
- Ich abonniere CRITICON (Jahrespreis 57 DM)

 Criticon Verlag,
 Knöbelstrasse 36, 8000 München 22